





Wiffells „Sozial-Etat“

Von Siegfried Häbel M. d. N.

Die Sozialpolitik der Reichsregierung ist eine der wichtigsten Probleme unserer letzten Jahre.

Dieser zweifellos richtige Satz in der Regierungserklärung, die der Reichsanwalt Wiffell am 3. Juli 1928 im Reichstag abgab, würde die Anerkennung sozialpolitischer Verpflichtungen bedeuten, wenn er nicht vom Oberhaupt einer Regierung des kapitalistisch-republikanischen Deutschland ausgesprochen worden wäre.

Die bisherige Tätigkeit der Koalitionsregierung Wiffell hat schon zur Genüge bewiesen, daß der Sinn oberstehenden Satzes in der Regierungserklärung nicht etwa der ist, daß die Regierung alles tun wird, um die wichtigsten Probleme der Sozialpolitik im Sinne der Forderungen der Arbeiterschaft zu lösen, sondern die Sozialpolitik der Werra Wiffell bewegt sich auf der höchst unproblematischen harten Linie der sozialen Reaktion. Ein Problem, und zwar kein leicht zu lösendes, bleibt für die sozialdemokratische Koalitionsregierung nur die Frage, wie der Arbeiterschaft auf die Dauer die Einengung und der Abbau der Sozialpolitik als sozialer Fortschritt vorgegaukelt werden kann.

Als Fachmann für die Durchführung eines sozialpolitischen Kurses, der den Herren Forst, Silberberg und Co. gewidmet ist und andererseits die sozialdemokratischen Wahlversprechungen nicht allzu häufig liquidiert, hat man Herrn Wiffell berufen.

Wiffell, der durch seine frühere Schlichterpraxis keine Qualifikation als Koalitions-„Sozial-Minister“ genügend bewiesen hatte, hat sich mit solcher Energie bei der Durchführung seiner „Aufgaben“ ins Zug gelegt, daß der frühere Bürgerblock-Arbeitsminister Brauns neidisch werden könnte.

Als beim Wiederzusammentritt des Reichstages im November 1928 die Arbeitslosigkeit bereits den Charakter der Massenarbeitslosigkeit angenommen hatte und die Zahl der ausgesetzten Erwerbslosen schon nahezu eine halbe Million betrug, hatte es Wiffell furchtbar eilig, nicht etwa gemäß dem Reichstagsbeschluss vom 10. Juli 1928, die Krisenunterstützung auf alle Berufe auszudehnen, sondern aus Sorge um die Kassen der Reichsanwalt und des Reiches die Zahl der Unterstützungsempfänger weiter einzuschränken. Zu diesem Zweck legte er dem Reichstag das verachtete Gesetz über eine Sonderfürsorge für Saisonarbeiter vor, das dann auch ohne Änderungen vom Reichstag verabschiedet wurde. Der Erfolg dieses Gesetzes und der anderen auf Grund der Arbeitslosenunterstützung durchgeführten Maßnahmen ist: daß es während der harten Wintermonate gegen 800 000 nicht unterstützte Erwerbslose gibt.

Am 8. Februar 1929 der Reichstag erneut beschloß, die Krisenunterstützung auf alle Berufe auszudehnen, imparierte Wiffell diesen Beschluss zur Jurisdiktion der Reichsanwalt und mit Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion dahingehend, daß dieser Beschluss nur eine „grundsätzliche“ Bedeutung habe, eine wirkliche Durchführung komme nicht in Frage.

Auch der Sozialrat Wiffells vermittelt uns das Gesamtbild der sozialpolitischen Linie, die Wiffell als Beauftragter seiner Koalitionsfreunde aus der Schwerindustrie eingehalten hat.

Wiffell erkennt man im Etat des Reichsarbeitsministeriums das Bemühen, für die kritischen Augen der Arbeiterschaft einige Dekorationsstücke anzubringen, aber das die Sache damit noch. In der Schlussabrechnung, denn diese hat gegenüber dem Vorjahr ein Minus von über 14 Millionen Mark.

Der Gesamtzuschuß betrug beim ordentlichen und außerordentlichen Haushalt:

im Jahre 1928: 717 632 705 Mark  
vorgesehen für 1929: 673 934 968 Mark

mithin weniger: 43 697 737 Mark

Wiffell legt also den vom Zentrumsminister Brauns angekündigten Abbau der sozialen Ausgaben konsequent fern.

Wie sieht es doch im Wahlauftrag der Sozialdemokratischen Partei?

Herrschaft der Reaktion bedeutet Gefährdung der Sozialpolitik. Am 20. Mai entscheidet ihr Wähler und Wählerinnen über Fortführung oder Stillstand der Sozialpolitik.

Kein Zweifel, die Sozialpolitik wird von dem infolge der 9 Millionen Wählerstimmen Minister gewordenen Herrn Wiffell fortgeführt, aber es ist die reaktionäre Sozialpolitik des Bürgerblocks, es gibt also in der Tat keinen Stillstand, sondern die Fortsetzung der sozialreaktionären Politik. Wiffell hat sich als ein würdiger Erbe Brauns gezeigt und demonstriert damit den 9 Millionen Wählern, die der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben, ausgezeichneter, daß sie sich für die Herrschaft der Reaktion entschieden haben.

Die Einparungen beim Sozialetat sind die Konsequenz der von der Koalitionsregierung betriebenen imperialistischen Politik. Diese Politik beansprucht die Steuergelder für den Auf- und Ausbau des Rüstungsapparates. Die Rüstungskreuzer und andere Rüstungsmaßnahmen sollen Kriensorgen beseitigen. Der Heeresetat, der bei den vorgezeichneten 703 Millionen Mark schon um über 30 Millionen höher ist als der gesamte Sozialetat, wird noch ergänzt durch eine Reihe von Stellen in anderen Etats, die der imperialistischen Aufstellungspolitik dienen.

Im Etat des Reichsarbeitsministeriums, sind unter anderem auch die als Reichszuschuß zu den Invalidenrenten benötigten Summen aufgeführt. Es sind hierfür angeführt 211 800 000 Mark. Von dieser Summe entfallen auf jede der 2 570 000 Invaliden, Witwen- oder Witwenrenten jährlich 72 Mark, für jede Waisenrente die horrenden Summe von 36 Mark pro Jahr, ferner werden von dieser Summe 120 000 Mark als Reichszuschüsse an Saarländische Kriegsblinde außerhalb des Saargebietes benötigt.

Zu bemerken ist, daß bei diesem Statistiken bezeichnenderweise gegenüber dem Vorjahre eine, wenn auch nicht erhebliche Einsparung vorhanden ist.

Die Summe für gleiche Zwecke beträgt:

1928: 212 364 000 Mark

1929: 211 800 000 Mark

minus: 64 000 Mark

Der Gesamtzuschuß für die Invalidenversicherung ist also genau auf der Basis der bisherigen Zuschüsse zur Einzelrente errechnet, dabei kann nicht abgetritten werden, daß eine Erhöhung der Invalidenrenten, die dieselben einigermassen den Lebensnotwendigkeiten anpaßt, nur durch die Erhöhung des Reichszuschusses durchgeführt werden kann, wenn der Arbeiterschaft eine weitere Belastung des Lohnes durch soziale Abzüge erspart werden soll.

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wird zurzeit über gewisse Erweiterungen der Leistungen aus der Invalidenversicherung verhandelt. Die Haltung, die hierbei die sozialdemokratische Fraktion einnimmt, entspricht durchaus dem Wiffellschen Etat. Die härtere Beanspruchung von Reichsmitteln für Zwecke der Invalidenversicherung lehnen die Sozialdemokraten unter Führung des Abgeordneten Kersten, Vorsitzenden des Zentralverbandes der Arbeitslosen, in Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien rundweg ab, sie fordern die Erhöhung der Beiträge als Voraussetzung für jedwede Verbesserung der Leistungen und stehen damit vollkommen auf dem Boden des auf weitere Abwälzung der sozialen Lasten hinzielenden Programms der Trudbourgeoisie.

Den durch die Massenarbeitslosigkeit entstandenen Notständen will der Etat mit 120 Millionen Aufwand für die Krisenfürsorge und 55 Millionen Mark für die sogenannte wertschöpfende Arbeitslosenunterstützung gerecht werden.

Nach den neuesten Ausweisen gab es im Januar dieses Jahres 2 029 387 Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, hierzu 138 449 Krisenunterstützungsempfänger, dies sind insgesamt 2 167 836 unterstützte Er-

werbslose. Wie groß das Heer der nichtunterstützten Erwerbslosen ist, dafür liegen Zahlen nicht vor, aber nach ernsthafter Schätzung sind es gegen 800 000 Erwerbslose, die weder aus der Arbeitslosenversicherung, noch aus der Krisenfürsorge unterstützt werden.

Im Januar 1928 gab es insgesamt 1 547 944 unterstützte Erwerbslose, dazu etwa 500 000 Nichtunterstützte, also rund 2 Millionen Erwerbslose. Im damaligen Etat wurden für Zwecke der Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsbeschaffung 125 Millionen Mark eingelegt.

Die Erhöhung der Mittel im vorliegenden Etat von 125 Millionen auf 175 Millionen Mark ist also nicht einmal im Verhältnis zur Steigerung der Arbeitslosenziffer erfolgt. Obwohl die Massenarbeitslosigkeit im überwiegenden Maße keine Saison-, sondern eine Dauererscheinung ist.

Der so gestaltete Etat zeigt, daß die Regierung, statt den in bitterster Not befindlichen ausgesteuerten Erwerbslosen Hilfe zu bringen, weitere Massen Erwerbsloser aus der an und für sich schon kläglichen Unterstützung hinauswerfen will. Zur verstärkten Durchführung dieses Kurses hat man, wie bereits oben bemerkt, über die Möglichkeiten, die das WWRG an sich bietet, hinaus, noch die sogenannte Sonderfürsorge für Saisonarbeiter geschaffen.

Die völlig ungenügende Erhöhung der Summen für Krisenunterstützung und wertschöpfende Arbeitslosenunterstützung ist obendrein noch auf Kosten anderer Schichten von Hilfsbedürftigen vorgenommen worden. Als besonders betroffen kommen hierbei die Kleinrentner in Frage.

Die den Kleinrentnern auf Verbesserung ihrer Lage gemachten Versprechungen werden von Wiffell in der Weise durchgeführt, daß die bisher 50 Millionen betragenden Mittel, die das Reich zur Unterstützung der Kleinrentner jährlich beisteuerte, auf 35 Millionen Mark herabgesetzt, also um 15 Millionen Mark gekürzt werden.

Es gibt kein besseres Spiegelbild der uneingeschränkten Fortsetzung des reaktionären Bürgerblockkurses, als den Wiffellschen „Sozial-Etat“.

Der sozialpolitisch-belagische Krisenpakt ist echt!

Das „Utrecht Dagblatt“ hat den genauen Text des Protokolls der Konferenzen des belgischen und französischen Generalrats veröffentlicht, das die geheimen Besprechungen in der Zeit vom 7. bis 12. September enthält. Das am ostlichen Ufer des schmalen Kanals trägt die Journalnummer: Generalrat 3. Abt. Nr. C 9 1742 geheim. In den Besprechungen nahmen teil: Für Frankreich General Debenne, Chef des Generalrats, General Boinon, Unterchef des Generalrats, General Maier, Militärattaché bei der militärischen Gesandtschaft in Brüssel; für Belgien: General Gallet, Generalstabschef, Oberst Michem, Chef der 3. Abteilung des Generalstabs, Oberst von den Berren, Chef der 1. Abteilung des Generalstabs, als Schriftführer A. D. Gillette.

Die einzelnen Artikel des Protokolls enthalten die bereits bekannten Veröffentlichungen, die jetzt im protokollarischen Wortlaut veröffentlicht werden.

Auch diese neuerlichen Veröffentlichungen wurden von der belgischen Regierung als in allen Evidenz frei erhandelt und falsch hingestellt.

Die Berliner Presse, mit dem Vorwärts an der Spitze hatte ebenfalls starke Zweifel an der Echtheit, erklärt aber jetzt, daß nunmehr die Echtheit der Dokumente nicht mehr angezweifelt werden könne.

Das Berliner Tageblatt berichtet aus Brüssel, daß die belgische Regierung durch die neuerlichen Veröffentlichungen in eine schwierige Lage gekommen sei, da kein Mensch die Demantierung der Regierung mehr glaube. Die Regierungspolitik sei nur noch eine Frage von Tagen, vielleicht von Stunden.

Diese Bestätigung des geheimen Krisenpaktes der französisch-belgischen Regierung zeigt dem internationalen Proletariat, wie hinter den Kulissen die kommenden kriegerischen Auseinandersetzungen vorbereitet werden, und mit welcher systematischen Fähigkeit die imperialistischen Regierungen alle Vorbereitungen treffen. Da in diesen Plänen auch die englische Regierung verwickelt ist, und sie sich gleichfalls gegen den ersten Arbeiter- und Bauernrat der Welt, gegen die Sowjetunion, richten, ist die größte Wohlthat des internationalen Proletariats und ein entscheidender Kampf gegen die Kriegspläne der Imperialisten erforderlich.

Die Frau als Sowjet-Vorsitzende

Ein Dokument zur Internationalen Frauenwoche

In der Sowjetunion, wo den Frauen sämtliche Ämter und Berufe zugänglich gemacht worden sind, bekleidet eine Frau auch den Posten des Vorsitzenden des Gouvernements-Exekutiv-Komitees der Sowjets. Diese rote „Gouverneurin“, Genossin N. J. K. K. K., Vorsitzende des Gouvernements-Exekutiv-Komitees von Kalgan, hat vor der Allrussischen Zentral-Wahlkommission in Moskau Bericht erstattet über den Verlauf der Wahlen in ihrem Gouvernement. Aus dem Bericht geht die hervorragende Rolle der Bäuerinnen und Arbeiterinnen in der Tätigkeit der Sowjets hervor. Das Gouvernements-Kalgan ist kein ausgeprochen industrielles Gebiet, die Dorfwohnsiedlungen hier eine besonders große Rolle. In den neugewählten Dorfwohnsiedlungen sind 26,9 Prozent Frauen, während beim letzten Wahlen der Prozentzahl der Frauen 18 erreichte. In den Stadtwohnsiedlungen ist der Prozentzahl der Frauen von 19,17 auf 27,5 gestiegen. Mehr als 140 Frauen sind als Vorsitzende der Dorfwohnsiedlungen gewählt worden.

Die Wahlkampagne verlief unter gesteigertem Klassenkampf auf dem Lande. Die Kulaken entfalteten eine große Aktivität. Im Gouvernement sind direkte Terrorakte zu verzeichnen, so: 2 Morde, 14 Mordhandlungen, 8 Brandstiftungen, 2 Sprengungen von Versammlungen usw. Die Zahl der Verurteilungen, die der Wahlkampf veranlaßt hat, sind im Vergleich mit der Wahlkampagne 1926/27 um 28,9 Prozent gewachsen. Die Arbeit des Kalgauer Gouvernements hat demonstriert, was die wertvolle Frau heute schon im Sowjetstaate erreicht hat, und welche Erfolge man auf dem Gebiete der Arbeitsförderung der breiten Frauenmassen bei richtiger Arbeit erreichen kann.

Der Bericht der Genossin Kalganowa ist eins der schönsten Dokumente der sozialistischen Errungenschaften zur Internationalen Frauenwoche 1929.

Schiffe auf dem Schwarzen Meer in Not

III. Kommando. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist im Schwarzen Meer das russische Schiff „Melcha Dschaparidze“ gesunken. Die ganze Mannschaft ist ertrunken. Das deutsche Handelsschiff „Piedite“ hat durch Kumpfspruch die russischen Funktionen um Hilfe gebeten. Die Sowjetregierung hat sofort einen Eisbrecher entsandt, um dem „Piedite“ zu Hilfe zu kommen.

Johannes H. Becher über unseren neuen Roman: „Brennende Ruhr“ von Karl Grünberg erscheint ab Mittwoch

Karl Grünberg ist ein proletarischer Dichter. Er sieht und gefühlt die Welt vom Standpunkt des Proletariats aus. Er hat nicht die gepollerte Kruste, um seine Sätze zu teilen und zu diegen, die vibrieren und klingen zu lassen. Roh und ungeglätt kommt er daher, laut und legt Worte hin, manche Gestalten sind unausgeglichen, nur lebliche Bruchstücke. Kein, Grünberg ist kein Fließlichter, er wippt nicht hin und her, geht nicht auf und ab. „Brennende Ruhr“ ist gesund, kräftige Kost. „Schwarzbraun“ hat einmal Lenin solche Komplimente gemacht, wie sie keine Zeit und das Proletariat braucht. Grünberg verstehen, glaube ich, alle, schreibt ein Arbeiter. Gleich ihm haben Hunderte von Ruhrarbeitern diesen Roman bei seinem erstmaligen Abdruck in der Freiheit, Düsseldorf, mit begeisterten Zuschriften an die Redaktion begehrt.

„Brennende Ruhr“ ist ein Stück deutscher Geschichte. Unterirdischer Kampf, Mühen und Schritte im Dunkel, Schatten gegen Schatten. Der Aufbruch ist herbe, Fünde, Geheimverbände, Mörder und Beschützer, Banden und Kommandos — auf der anderen Seite die Arbeiter, in Hundertstufen und proletarische Abwehrfabern militärisch zusammengelagert. Es war das erste Mal, daß sich in Deutschland eine „rote Armee“ bildete, die die Reichswehrsoldaten kurz und klein schlug. Wie sind im allgemeinen über den Verlauf der Aktionen unterrichtet, die mit dem Ziele der Abwehr des Proletariats zusammenhängen, mit einem Bericht der Hunderten von Arbeitern noch nachträglich das Leben tollte. Der innere Mechanismus, der Verlauf der Dinge,

von innen und unten her gesehen, blieb uns aber noch wie vor zum größten Teil unbekannt. Grünberg reißt die Fassade weg: das Getriebe wird sichtbar. In diesem Roman ist zu viel geschichtliche Wahrheit, um als Roman angesehen zu werden, beteuert ein ehemaliger Rotarmist. Nie und nirgends nimmt der Verfasser sich selbst wichtiger als er ist: er betrachtet sich als den Organisator der Ereignisse und Erklärungen anderer — das dazu eigenes Erleben, eigene Erfahrung gehören, ist nur selbstverständlich. Die Massen in Grünbergs Roman sind Massen und zugleich menschliche, lebendige Menschen, mit allen menschlichen Fehlern und Sorgen, familiäre und pathologische Jüge weilen sie auf, sie sind mit allen kleinen Freuden und großen Schmerzen ihrer proletarischen Herkunft bedacht. Sie sammeln sich zu Haufen, dumpf und diszipliniert, rassel — bis sie zur Masse werden, die zum Sturm antritt, die weiß, was sie will.

„Die Ruhr brennt!“ Dieser Ruf war, wird wieder sein. ... Karl Grünberg hat das Wort! Er ist begabt genug, um zu sagen, was ihm am Herzen liegt, was not tut. Er bedarf keines Erklärers. Er kann getrost auch auf ein Wort verzichten. Doch ich es doch geschrieben habe — nimm es als einen Händedruck, Genosse Grünberg, als ein „Gut auf!“ Die für die du geschrieben hast, die Arbeiter, werden dich lesen und dich lieben lernen, werden über dein Buch miteinander diskutieren und sich zurufen: „Brennende Ruhr! Unser Roman! Unser Leben! Kameraden, nehmt und lest! Wirklich, das sind wir — wir!“ (J. H. Becher.)

Parole der revolutionären Dresdner Arbeiterschaft am 6. März: Alles auf zur Straßendemonstration!

Haupttreffplatz Schützenplatz, 17 Uhr Für die Forderungen der Erwerbslosen!









